

erkrankten Krebspatienten geraten, beruht nicht auf Irrtümern, sondern auf einem Glaubenssatz, der nicht nur die Medizin beherrscht: Der gute Zweck heiligt allemal die rabiatischen Mittel. Über die planmäßige Verwandlung des vom Krebs befallenen menschlichen Körpers in ein von Strahlen und Chemikalien zerplühtes Schlachtfeld, wäre gewiss mit weniger Zorn und Eifer zu sprechen, wenn dieser Methode der totalen Kriegsführung ein nennenswerter Erfolg beschieden wäre. Davon aber kann keine Rede sein. Die Wissenschaftsjournalisten Richard Friebe und Gerd Knoll resümieren in einem Aufsatz in der *FAZ* (8. Juni 2009) die Forschungsergebnisse des diesjährigen Kongresses der American Association of Clinical Oncology in Orlando (Florida) und stellen fest, dass auf allen Feldern der Krebsbekämpfung Ernüchterung eingekehrt sei: »Größere Therapieerfolge im fortgeschrittenen Stadium der Krankheit hat es, abgesehen von ein paar Ausnahmen wie bei Hodenkrebs und Leukämieerkrankungen von Kindern, seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts praktisch nicht mehr gegeben. Und das, obwohl man inzwischen unzählige an der Entstehung von Krebs beteiligte Gene, Proteine, Hilfsfaktoren und molekulare Signalkaskaden entschlüsselt hat.« Der hinlänglich dokumentierte Zu-

sammenstoß mit der Wirklichkeit müsste Krebsforscher und Behandler eigentlich zum Eingeständnis ihrer Ohnmacht bewegen und sie veranlassen, sich darauf zu beschränken, angesichts der Unabänderlichkeit des Krankheitsverlaufs ihr gesamtes medizinisches Wissen in den Dienst der Eindämmung des grausamen Geschehens zu stellen. Dass ich diese adaptive, von professioneller Demut und Selbstlosigkeit geprägte Haltung in den entsetzlichen Stunden des Abschieds vergebens gesucht habe, heißt nicht, dass es sie nicht gibt – ich mag nicht ausschließen, dass mich das Ausmaß der Verlorenheit unempfänglich gemacht hat für derartige Bemühungen.

Wo der Verlust groß ist, unterliegt jede Aussage über die Hoffnung einer zweifachen Gefahr: Der Versuchung des Kitsches und der Versöhnung. Ich weiß nicht, ob ich diesen Gefahren entgehe, wenn ich behaupte, dass es nicht der Bindungslose, sondern der Liebende ist, der mit einem Schmerz belohnt wird, der ihn gleichzeitig zu zerbrechen droht. Demnach ist die Trauer der Preis, der dafür zu entrichten ist, Liebe empfinden zu dürfen. Es ist kein Trost, aber ich bin bereit, den Preis für diese einmalige Liebe zu zahlen: Gestern, heute, morgen.

Für Franziska Lorenz (1959-2009)

Cäcilie Schildberg

Wo ein Wille ist, ist auch ein sozialdemokratischer Weg

Die Europapolitik von SPD, Labour Party und Parti Socialiste

Cäcilie Schildberg

(* 1976) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Politikwissenschaft der Universität Dortmund.

schildberg@fb14.uni-dortmund.de



Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 wurden die nationalen Parlamente erstmals in den europäischen Gesetzgebungsprozess mit einbezogen. Sie können mit Verweis auf das Subsidiaritätsprinzip von der Europäischen Kommission verlangen, einen Gesetzesentwurf erneut zu prüfen. Dies be-

deutet auch, dass sich die Fraktionen und Parteien in den EU-Mitgliedsstaaten stärker denn je mit »Europa« auseinandersetzen müssen. Die europäischen Gesetzesentwürfe müssen dafür gelesen und Positionen formuliert werden. Aber wer oder was bestimmt eigentlich die Europapolitik einer Partei?

Einen ersten Anhaltspunkt könnte die Ideologie einer Partei liefern. Je nachdem ob sie eher links oder rechts im Parteienspektrum zu verorten ist, so ließe sich annehmen, sollte dann auch ihre Europapolitik ausfallen. Impliziert dies dann nicht auch, dass sozialdemokratische Parteien in Europa im Prinzip gleiche oder ähnliche Europapolitiken verfolgen? Und müssten dann nicht auch die Positionen und Politiken dieser europäischen Sozialdemokratie gegenüber dem europäischen Einigungsprozess besonders positiv ausfallen – nicht zuletzt aufgrund ihrer Tradition der internationalen Solidarität?

Ganz so einfach ist es nicht, wie Christian Krell in seiner umfangreichen Untersuchung zur Europapolitik sozialdemokratischer Parteien zeigt. Denn trotz ähnlicher Ideologie fällt die Europapolitik europäischer sozialdemokratischer Parteien sehr unterschiedlich aus. Den Ursachen für diese Unterschiede geht der Autor auf der Grundlage eines historischen Vergleichs der Europapolitiken der deutschen SPD, der britischen Labour Party (LP) und der französischen Parti Socialiste (PS) zwischen 1979 und 2002 auf den Grund.

Dabei zeigt sich, dass es weniger die Programmatik ist, die dafür sorgt, dass die Europapolitiken sozialdemokratischer Parteien in Europa unterschiedlich ausfallen. Zudem wird deutlich, dass zwischen dem programmatischen Anspruch und der tatsächlich verfolgten Politik einer Partei oftmals Widersprüche bestehen.

Demnach sei es typisch, dass Akteure sozialdemokratischer Parteien in Europa für sich in Anspruch nähmen, in ähnlicher Weise für die internationale Solidarität

und damit auch für die europäische Einigung einzutreten. In der praktischen Europapolitik finden sich jedoch bei allen drei Parteien immer wieder Beispiele für integrationskritische oder gar ablehnende Europapositionen und Beschlüsse. So war es nach dem Zweiten Weltkrieg gerade nicht die SPD, die den Europäischen Integrationsprozess als Priorität ihrer Außenpolitik definierte, sondern ihre christdemokratische Konkurrenz unter Adenauer. Und dies, obgleich schon im Heidelberger Programm von 1925 die »Vereinigten Staaten von Europa« als Fernziel propagiert wurden. Die SPD unter Schumacher präsentierte sich als »Partei der nationalen Einheit«, die zuerst die Spaltung Deutschlands überwinden und erst danach eine Bindung an Europa wollte.

Die britische Labour Party ging sogar so weit in ihrer europäischen Ablehnung, dass sie zu Beginn der 80er Jahre den Austritt aus der EG forderte. Diese Fundamentalopposition lag mitunter daran, dass die Konservativen unter Maggie Thatcher damals einen proeuropäischen Kurs fuhren. Als Labour mit der Austrittsforderung 1983 in den Wahlkampf zog, führte dies u.a. zu ihrem schlechten Abschneiden. Interessant hieran ist, dass die Europapolitik der Labour Party einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf den Ausgang der Wahlen zeitigte. So wird denn auch der Erfolg von Labour bei den Parlamentswahlen von 1997 u.a. auf die veränderte Europapolitik der Partei zurückgeführt.

Die französischen Sozialisten präsentierten sich in ihrer Europapolitik zwischen 1979 und 2002 durchgehend proeuropäisch. Allerdings gab es auch bei ihr Phasen, in denen die Europadiskussion kritischer verlief. Die Europapolitik führte zu innerparteilichen Divergenzen, die in den Querelen rund um das Europäische Verfassungsreferendum 2005 einen vorläufigen Höhepunkt fanden.

Der systematische Vergleich der sozialdemokratischen Europapolitiken erhellt

auf eindrucksvolle Weise die Komplexität innerparteilicher Politikformulierung. Berücksichtigt werden so unterschiedliche Aspekte wie die europapolitischen Orientierungen und Debatten, die programmatischen Leitbilder und institutionellen Zielvorstellungen, aber auch strategische Parteiinteressen, die Steuerungselemente und die Rolle verschiedener europapolitischer Akteure. Krell unterscheidet jeweils zwischen Oppositions- und Regierungsphase und findet heraus, dass die Europapolitik der Parteien in Regierungsphasen tendenziell pragmatischer und konstruktiver ist. In Oppositionsphasen neigen sie dagegen stärker zu Maximalforderungen – nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil die direkte Konfrontation mit Europa fehlt. Dies könnte sich allerdings mit dem Vertrag von Lisabon ändern. Für den Europadiskurs von besonderer Bedeutung ist der Nachweis, dass europapolitische Kontroversen den Stellenwert der Europapolitik innerhalb einer Partei – hier am Beispiel von Labour und PS – enorm aufwerten. Ähnlich der viel diskutierten Politisierungsthese (wonach eine Politisierung europäischer Entscheidungsprozesse zu einer stärkeren öffentlichen Auseinandersetzung und Identifikation der Bürger mit der EU führen würde) zeigt sich, dass innerparteiliche Europakontroversen für das Europaengagement einer Partei eher förderlich als hinderlich sind.

Einflussfaktoren

Doch was sind nun die Einflussfaktoren, die die unterschiedlichen Europapolitiken der drei sozialdemokratischen Parteien erklären können? Hier fällt eine eindeutige Antwort ungleich schwerer. Ausschlaggebend sind, so Christian Krell, die jeweiligen »politischen Kontextbedingungen«. Als relevante Kontextbedingungen identifiziert er Aufbau und Strukturen des jeweiligen politischen Systems, die politische Kultur

und die spezifischen Akteursbeziehungen und -strategien. So wird zum Beispiel untersucht, welchen Einfluss ein föderalistischer bzw. zentralstaatlicher Staatsaufbau auf die Europapolitik einer Partei hat. Wenn nämlich Labour und PS stärker als die SPD die Rolle der Nationalstaaten im EU-Gefüge betonen, dann ist dies auch ein Ausdruck ihres zentralstaatlichen Backgrounds. Die SPD hingegen tritt durch ihre bundesstaatliche Prägung eher für eine föderale Struktur der EU ein. Der Einfluss des Wahl- und Regierungssystems zeigt sich daran, dass Labour durch das britische System der Einparteienregierung seine europapolitischen Vorstellungen am konsequentesten durchsetzen und somit auch einen grundlegenden Positionswandel vornehmen konnte. Die SPD unter Schröder und der PS unter Mitterand mussten hingegen Rücksicht auf ihre Koalitionspartner nehmen. Krell fragt ferner nach der Rolle des Parteienwettbewerbs innerhalb eines Landes, dem jeweiligen Nationenverständnis, der Medienlandschaft, den Wählerinteressen usw.

Diese Fülle an Variablen erschwert eine eindeutige Zuschreibung und klare Gewichtung der Einflüsse auf die Europapolitik. Hilfreich ist hierbei die von Krell vorgenommene Differenzierung zwischen konvergenz- und divergenzerzeugenden Faktoren. Nur wenige dieser Faktoren, wie z.B. die Programmatik oder die Beziehungen zwischen den Parteien, führen dazu, dass sich die Politiken der Parteien annähern. Die meisten oben genannten Faktoren befördern hingegen divergierende Europapolitiken der sozialdemokratischen Parteien.

Was kann nun aus den Ergebnissen für die Zukunft sozialdemokratischer Europapolitik geschlossen werden? Krell entwirft das Bild eines Korridors, indem sich sozialdemokratische Politik bewege und damit auch gestaltbar sei. Zwar schränken die Wände des Korridors – also die jeweiligen Kontextbedingungen – die Politikoptionen

ein, aber innerhalb dieser Wände gibt es verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten. Von besonderer Bedeutung sei hierbei, dass die Parteien *erstens* eine realistische Europaperspektive entwickeln, die nicht unerfüllbare Hoffnungen schürt und zugleich nicht rein national bestimmt sei. *Zweitens* müsse die Europapolitik stärker auf allen Ebenen der Parteien verankert werden und die europapolitischen Austauschbeziehungen zwischen den Akteuren zunehmen – sowohl zwischen den nationalen Ebenen als auch transnational. Und *drittens* sei eine verantwortungsvolle Kommunikation sozialdemokratischer Spitzenakteure von Nöten, um Ängste und Vorurteile in den Bevölkerungen gegenüber Europa abzubauen und damit die Unterstützung für neue Gestaltungsimpulse zu gewinnen.

Das Buch *Sozialdemokratie und Europa* stellt eine gelungene Bereicherung der aktuellen partei- und europapolitischen Diskussion dar. In der vielschichtigen und gekonnten Analyse finden sich über die europapolitischen Befunde hinaus eine Fülle an Informationen und erhellenden Erkenntnissen zu vielen Teilaspekten der Parteienforschung. Dabei beweist der Autor, dass ein komplexes Untersuchungsdesign nicht hinderlich für eine verständliche Darstellung sein muss. Dank anschaulicher Grafiken, einer angenehmen Ausdrucksweise und der klaren Struktur, wird der Leser gut durch die knapp 500 Seiten geführt.

Christian Krell: Sozialdemokratie und Europa: Die Europapolitik der SPD, Labour Party und Parti Socialiste. VS Verlag, Wiesbaden 2009, 522 S., € 59,90.

Klaus-Jürgen Scherer

Nicht nur eine Übergangszeit

Sozialdemokratisches Regieren mit Angela Merkel

Die politikwissenschaftlichen Bücher, die die Bundespolitik der letzten Jahre analysieren, sind zur Leipziger Buchmesse und für die Monate danach angekündigt. Doch bereits im Sommer hat der Gewerkschaftsintellektuelle Hans-Joachim Schabedoth eine faktenreiche monatliche Begleitung der Großen Koalition vorgelegt, die – anders als von manchem Konservativen behauptet – eben nicht einfach nur eine Übergangszeit hin zu Schwarz-Gelb war.

Zunächst dominierte eine Kontinuität der Politik der »mutigen Reformen«, die – von der Mehrwertsteuererhöhung bis zur Rente mit 67 – von der SPD so vertreten und umgesetzt wurden, dass sich der Eindruck, sie habe die soziale Gerechtigkeit missachtet, weiter verfestigte. Es blieb eben umstritten, ob es sich ange-



Klaus-Jürgen Scherer

(*1956) ist Geschäftsführer des Kulturforums der Sozialdemokratie und Redakteur der *NG/FH* in Berlin.

klaus-juergen.scherer@fes.de

sichts von Globalisierung, Demografie, Verschuldung usw. um eine »alternativlose« Modernisierung des Standorts Deutschland handelte oder doch eher um das durch neoliberale Meinungsmache angetriebene Zurückdrängen sozialstaatlicher Strukturen und Sicherheiten. Zugespitzt gefragt: War diese Politik in erster Linie verantwortlich für den Rückgang der Arbeitslosigkeit oder für das Entstehen der neuen Armut?